

Kurswechsel in der Bildungspolitik

(Beschluss der IG Metall zur Bildungspolitik im Rahmen der Entschließung 2 auf dem 22. ordentlichen Gewerkschaftstag 2011 in Karlsruhe)

In keinem anderen Industrieland wird Bildungsbeteiligung so stark vererbt wie in Deutschland. Die fehlenden Reformen im schulischen Bereich, ein überbordendes und perspektivloses Übergangssystem, der Ausbau von Eliteuniversitäten und unzureichende Möglichkeiten der Weiterbildung verschärfen dies. Das Bildungssystem ist in Gänze sozial selektiv, ungerecht und wenig leistungsfähig, um alle vorhandenen Talente der Gesellschaft zur Entfaltung zu bringen. Eingeklagt wird individuelle Bildungsverantwortung. Gesellschaftliche, öffentliche Bildungsverantwortung und die Ursachen für die unterschiedliche Bildungsbeteiligung treten dabei zunehmend in den Hintergrund.

Die IG Metall hält diese bildungspolitische Weichenstellung und deren Ergebnisse für fatal und setzt sich deshalb mit Nachdruck für einen Kurswechsel in der Bildungspolitik ein.

Unser Bildungsbegriff und bildungspolitische Ziele

Aus gewerkschaftlicher Sicht zielt Bildung und Qualifizierung auf Gerechtigkeit zwischen Generationen, er zielt auf gleiche Bildungschancen für Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft mit und ohne Migrationshintergrund und auf Menschen beiderlei Geschlechts. Unser Bildungsverständnis basiert auf der Beteiligung von ArbeitnehmerInnen an betrieblichen und gesellschaftlichen Entscheidungen. Es zielt auf die Befähigung zur individuellen und kollektiven Interessendurchsetzung und ist Grundlage für Persönlichkeitsentwicklung sowie gesellschaftliche und politische Teilhabe. Unser Bildungsbegriff ist emanzipatorisch: Bildung soll den Einzelnen befähigen, Zusammenhänge zu erkennen und soziale Interessen zu formulieren. Bildung ist unerlässlich, um eine gerechtere Gesellschaft zu ermöglichen. Berufliche Bildung ist eine langfristige Daseinsvorsorge, mit der Weichen für den späteren Erwerbsverlauf und soziale Zukunft gestellt werden.

Deshalb

- setzen wir uns bei der Erarbeitung von Berufen und Studiengängen für breite Grundlagen, für berufliches Weiterlernen und die Anschlussfähigkeit beruflicher Erstausbildung ein;
- beteiligen wir uns an der Erarbeitung von zukunftsfähiger Qualifizierung (e-Mobilität, Green tech), die wir als Grundlage für lebenslanges Lernen mit konzipieren;
- ist die systematische Information und Orientierung von Mitgliedern in ihrer Bildungsbiografie eine wichtige Aufgabe und trägt dazu bei, neue Mitglieder zu gewinnen.

Ziel der IG Metall ist es, die betrieblichen Gestaltungsmöglichkeiten von Ausbildung und Weiterbildung, die lernförderliche Gestaltung von Arbeitsplätzen mit den betriebs- und tarifpolitischen Handlungsfeldern zu verknüpfen. Das Thema Innovation, Arbeitsgestaltung und Qualifikation ist hervorragend geeignet, uns als Gestaltungskraft in den Betrieben und in der Gesellschaft erkennbar zu machen. Diese Themen gilt es als Profilbestandteil der IGMetall aufzubauen.

Bildungswege müssen transparent und durchlässig sein und auf unterschiedlichen Wegen zu gleichwertigen Positionen in der Arbeitswelt führen. Die Bildungs- und Arbeitspolitik der IG Metall wird sich zunehmend der Aufgabe widmen, betrieblich-duale und hochschulische Bildungsprozesse stärker aufeinander zu beziehen. Wir brauchen ein gemeinsames „Leitbild“ für akademische und berufliche Bildung.

Der Europäisierungsprozess bietet Chancen zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Reformziele wie Durchlässigkeit, Gleichwertigkeit, Abbau von Bildungsbarrieren und Weiterbildungsansprüchen von ArbeitnehmerInnen. Diese gilt es zu nutzen bzw. politisch zu gestalten.

Schule und Arbeitswelt

Wie gut die Grundlegung der Bildung in der Schule erfolgt, ist entscheidend für die Lebens- und Erwerbsbiografie. Bund und Länder müssen Schule gemeinsam denken und gestalten – rechtliche Hindernisse auf diesem Weg gilt es abzuschaffen. Die IGMetall setzt sich für „Eine gute Schule für Alle“ ein, die jeden Schüler zu einem Schulabschluss führt.

Das bedeutet vor allem:

- eine bessere frühkindliche Erziehung;
- längeres gemeinsames Lernen;
- individuelle Förderung statt Auslese;
- den Ausbau von Ganztagskonzepten sowie
- stärkere Berücksichtigung arbeitsweltlicher Themen.

Die IG Metall wird ihre Aktivitäten in der gewerkschaftlichen „Initiative Schule und Arbeitswelt“ fortsetzen; sie wird sich in die Lehrerfortbildung einbringen und den Schulen geeignete Materialien zur Verfügung stellen.

Berufliche Ausbildung im Betrieb

Von einer entspannten Lage auf dem Ausbildungsmarkt kann nicht gesprochen werden. Nach einem Minus von 50000 Ausbildungsverträgen im Jahr 2009, gab es auch im Wirtschaftsaufschwung in 2010 einen Rückgang von 4000 Verträgen. Das Ausbildungsplatzangebot mit insgesamt 580000 Plätzen ist auf den drittniedrigsten Stand der vergangenen zehn Jahre gefallen. Die Summe aller ausbildungsinteressierten und für ausbildungsreif befundenen Jugendlichen, die institutionell erfasst sind, betrug 2010 844500. Der Anteil unter ihnen, der in eine duale Berufsausbildung einmündete, lag 2010 bei 66,3 %. Jeder dritte Jugendliche, der 2010 an einer Ausbildung interessiert war, hat also keinen Ausbildungsvertrag bekommen.

Die Hoffnung, dass der in 2010 einsetzende starke Wirtschaftsaufschwung, zusammen mit der heftig geführten Fachkräfte-Debatte, zu einem nachhaltigen Anstieg bei den Ausbildungsverträgen führen würde, hat sich nicht erfüllt. Die Wirtschaft wählt nach wie vor die besten Schulabgänger aus und schreibt den Rest als nicht ausbildungsfähig ab, ruft aber gleichzeitig nach ausländischen Fachkräften. Es ist an der Zeit, dass die Unternehmen umdenken. 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keinen Berufsabschluss. Das sind 17 % dieser Altersgruppe. Hier liegt ein großes Reservoir für zukünftige Fachkräfte.

Die Antworten der IG Metall auf Fehlentwicklungen im dualen System beruflicher Bildung, wozu insbesondere der Ausschluss einer großen Gruppe von Jugendlichen vom Zugang zu qualifizierter betrieblicher Ausbildung gehört, sind konkrete Reformprojekte:

- Das sog. Übergangssystem, in dem 320000 junge Menschen völlig unzureichend qualifiziert werden, gilt es abzuschaffen. Wer in betriebliche, schulische oder Übergangsmaßnahmen bei Bildungsträgern startet, muss in jedem Fall die Garantie erhalten, einen anerkannten Berufsabschluss erwerben zu können;
- Die Schwächen des dualen Systems (einzelbetriebliche Beschränkung, Selektion) müssen überwunden werden. Dies gilt insbesondere für seine Steuerungs- und Finanzierungsformen. Die Umlagefinanzierung ist dafür das Konzept der IG Metall. Das setzt den Ausbau öffentlicher Verantwortung voraus;
- Modularisierung von ganzheitlichen Bildungswegen ist die falsche Antwort auf Zugangsbarrieren zur dualen Berufsausbildung für benachteiligte Jugendliche: Nicht fehlende Modularisierung von Zwischenschritten sind das Problem, sondern fehlende Anschlüsse in Ausbildung. Auch neue Formen der Stufenausbildung (zweijährige Kurzausbildungsgänge) gefährden die Entwicklung umfassender beruflicher Handlungsfähigkeit und behindern Innovationen von Arbeit und Wirtschaft. Unsere Alternativen sind horizontale Differenzierungen von Berufen und eine stärkere Zusammenarbeit von Arbeits- und Bildungspolitik zur Überwindung inhumaner Arbeitstätigkeiten.

Aufgrund der Stärken des betrieblich-beruflichen Bildungstyps (berufliche Einsatzfelder, betriebliche Arbeitsprozesse und -aufgaben und betriebliche Praxisgemeinschaften) halten wir den Lernort Betrieb für unverzichtbar. Eine bloße Vermehrung von Theorieanteilen, eine stärkere Akademisierung der beruflichen Bildung sind nicht der Königsweg zum Umgang mit Anforderungen der „Wissensgesellschaft“, mit Standortkonkurrenz und Innovationswettbewerb. Viel entscheidender ist die jeweils passende Mischung, eine gute Kooperation innerhalb der Belegschaften zwischen Fachkräften unterschiedlicher Qualifikations- und Arbeitstypen. Dies ist eine Voraussetzung für innovative Unternehmensstrukturen.

Hochschule

Die IG Metall setzt sich für ein durchlässiges und auf den Prinzipien der Gleichwertigkeit beruhendes soziales und demokratisches Hochschulsystem in öffentlicher Verantwortung ein. Eine „offene“, sozial durchlässige Hochschule zeichnet sich durch Verzicht auf Studiengebühren aus. Studierende des Zweiten und Dritten Bildungsweges benötigen mehr Information und Beratung. Der Anteil berufsbegeleitend angebotener Studiengänge muss deutlich angehoben werden. In der Berufstätigkeit erworbene Kompetenzen sollen im Studium angerechnet werden. Das Studium muss beruflich qualifizieren, es muss studierbar gestaltet werden.

Die IG Metall hat ein besonderes Interesse an den dual Studierenden und setzt sich insbesondere für die Verbesserung ihrer betrieblichen Lernbedingungen sowie bei der Ausgestaltung der betrieblichen Ausbildungs- und Praxisverhältnisse ein. Die Forderungen müssen auch Gegenstand der Tarifpolitik werden. In Verfolgung ihrer Interessen an mehr Qualität für Studium und Lehre engagiert sich die IGMetall auch in der Qualitätssicherung und Akkreditierung. Die IG Metall wird sich weiterhin im Gutachternetzwerk engagieren.

Weiterbildung

Eine wesentliche Aufgabe der Bildungspolitik ist es, die beruflichen Qualifikationen der Fachkräfte zu erhalten, unterwertige Beschäftigung zu vermeiden und unzureichenden Qualifikationen vorzubeugen. Die Weiterbildung ist gemessen an diesem Ziel deutlich defizitär: In der Weiterbildungsbeteiligung liegt Deutschland im internationalen Vergleich im hinteren Mittelfeld.

In der betrieblich-beruflichen Weiterbildung ist eine selektive Auswahl seit Jahrzehnten stabil. Die Unternehmen investieren unzureichend in die Weiterbildung ihrer Beschäftigten, weisen einen zu geringen Grad an Professionalisierung betrieblicher Personalentwicklung und eine diskontinuierliche Qualifizierungsplanung auf. Angesichts des zunehmenden gesellschaftlichen Bedarfs an Weiterbildung in allen Altersstufen jenseits der Erstausbildung ist ein weiterer Ausbau der Angebote mit entsprechendem Personaleinsatz in der Weiterbildung dringend erforderlich. Weiterbildung ist aber nicht nur eine betriebliche, sondern auch eine öffentliche Aufgabe.

Deshalb fordert die IGMetall

- ein Bundesrahmengesetz zur Weiterbildung, in dem Qualitätsstandards, die Akkreditierung der Bildungsträger, die individuelle Förderung der Weiterbildung und in dem branchenorientierte Weiterbildungsfonds abgesichert werden;
- die Ausweitung der durch die Bundesagentur für Arbeit geförderten Angebote der beruflichen Weiterbildung. Zu dem ist ein Anspruch auf qualifizierte Beratung nötig, bei der der berufliche Qualifikationsbedarf durch die Bundesagentur für Arbeit oder von ihr beauftragte qualifizierte Berater ermittelt wird sowie
- die Verringerung der Zahl der gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch einen Aktionsplan Weiterbildung. Vor allem unzureichend qualifizierte Jugendliche und junge Erwachsene aus Familien mit einem Migrationshintergrund müssen davon profitieren.

Die IG Metall wird weiterhin ihre bildungspolitischen Forderungen, insbesondere im Bereich der dualen Ausbildung und der beruflichen Weiterbildung zum Gegenstand tarifpolitischer Forderungen und Regelungen machen.